

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

24.6.1925 (No. 143)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 958
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. M. S. u.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,60 Goldmark ausschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Inneren berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweise weiterer Verbreitung und Konkreterlieferung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Baden, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Glossen zu der fremdenfeindlichen Bewegung in China

(nach Berichten aus Wudens, Peking, Shanghai und Canton)

Die Beachtung gegen die Weißen — die Quittung für die schlechte Behandlung der Deutschen durch die Entente. — Der Ausgangspunkt der Unruhen: der Shanghai'ser Streik. — Der Haß gegen die Japaner. — Volkswirtschaftliche Einflüsse auf die chinesischen Soldaten und die Zivilbevölkerung. — Sonstige Ursachen und Quellen der Fremdenfeindschaft

Schon vor etwa Jahresfrist hat das führende englische Blatt Chinas die „Peking and Tientsin Times“, die weitgehend fremdenfeindliche Bewegung als so ernst angesehen, daß sie öffentlich vor einer „Neuauflage der Vorergründungen“ warnen zu müssen glaubte. Die Verdrängung englischer Kriegsschiffe und Truppenteile nach Shanghai beweist, daß die „Peking and Tientsin Times“ die Gefahr richtig erkannt hat. Während aber bei den von ihr erwähnten Vorergründungen religiöser Fanatismus eine starke Rolle spielte, sind jetzt ganz andere Motive für den Fremdenhaß maßgebend. Einige dieser Motive seien hier nach zuverlässigem Berichtsmaterial aus Wudens, Peking, Shanghai und Canton beleuchtet.

Die Beachtung gegen die Weißen — die Quittung für die schlechte Behandlung der Deutschen durch die Entente (nach einem Berichte aus Peking.)

Als im Frühjahr 1924 schwere körperliche Angriffe von Chinesen auf Weiße stattgefunden hatten — ein englischer Beamter der Peking-Wudens-Bahn wurde auf Befehl eines chinesischen Obersten von chinesischen Soldaten derart mißhandelt, daß er wochenlang krank lag; ein chinesischer Soldat verprügelte auf der Peking'ser Stadtbühnen europäische Spaziergänger — und infolge dessen die „Peking and Tientsin Times“ von dem „spirit of Rogerian“ und dem „anti-foreign movement“ sprach, gab die der chinesischen Regierung nahestehende „Far Eastern Times“ das Vorhandensein eines „disrespect“ (Mißachtung) vor der weißen Rasse zu. Sie motivierte diesen „disrespect“ folgendermaßen: er sei die Folge des schlechten Vorbildes, das die weiße Rasse durch ihre Behandlung gegeneinander gegeben habe. Man möge doch daran denken, in wie unwürdiger Weise die Deutschen nach dem Waffenstillstand auf Veranlassung und unter Mitwirkung der Entente aus China fortgeschafft worden seien. Dadurch sei der Respekt vor den Fremden überhaupt bei den Chinesen mehr und mehr erloschen. (Die von der „Far Eastern Times“ erwähnte würdelose Fortschaffung der Deutschen fand in Shanghai statt und es ist bezeichnend, daß gerade Shanghai der Verd der gegenwärtigen fremdenfeindlichen Bewegung ist.)

Der Ausgangspunkt der Unruhen: der Shanghai'ser Streik (nach einem Bericht aus Shanghai)

Im Februar d. J. begann in Anknüpfung an einen Streik des Personals der Schantung-Bahn in Tjingtau ein großer Ausbruch in den japanischen Baumwollspinnereien in Shanghai. Während der Tjingtauer Bahnstreik durch die Nachgiebigkeit des chinesischen Verkehrsministeriums rasch beendet werden konnte, war der Shanghai'ser Streik von langer Dauer und zunehmender Schärfe. Er begann zunächst in einer Baumwollspinnerei, griff aber rasch auf andere Betriebe japanischer Unternehmer über, so daß bereits Mitte Februar mehr als 30 000 Arbeiter in 14 von den 17 japanischen Spinnereien Shanghais sich im Ausstand befanden. Die Arbeiter verlangten Lohnerhöhung, Sicherung gegen grundlose Entlassung und Schutz gegenüber schlechter Behandlung durch japanische Vorgesetzte.

Die inneren Ursachen des Streiks waren doppelter Art: politischer und sozialer. In politischer Hinsicht spielte die alte Abneigung der Chinesen gegen die Japaner eine große Rolle, in sozialer Hinsicht neben der bereits erwähnten schlechten Behandlung durch die japanischen Vorgesetzten auch die gerade von den Japanern in China stark betriebene Lohnbrüderei. Japanische Unternehmer hatten in Shanghai nach und nach eine große Baumwollindustrie aufgebaut, aus der sie gewaltige Gewinne zogen, weil sie die Löhne derart herabdrückten, daß sie wesentlich billiger produzierten als die Baumwollindustrie in Japan selbst.

Die ausländischen Wirtschaftskreise, insbesondere die englischen in Shanghai fühlten sich von Anfang an stark besorgt, weil sie das Übergreifen des Streiks und Unruhen auch gegen andere als japanische Unternehmungen fürchteten. Deshalb haben auch keineswegs nur chinesische Zeitungen gegen die Lohnbrüderei der japanischen Unternehmer Front gemacht. So äußerte sich ein Shanghai'ser englisch-sprachliches Organ sehr scharf über die unmenslichen Bedingungen, unter denen die Arbeiter der Baumwollindustrie, meist Frauen und Kinder, zu leiden hätten und die dadurch schnelle und gründliche Reformen herbeiführen werden müßten.

Noch scharfer war natürlich die Stellungnahme der rein chinesischen Presse. Schon im Februar erklärte ein chinesisches Blatt, die Ausbeutung der billigen chinesischen Arbeitskräfte durch die Fremden sei so schlimm, daß schwere Kämpfe unvermeidlich seien; jeder gute Chinese habe die Pflicht, seinen unterdrückten Landsleuten beizustehen.

Der Haß gegen die Japaner (nach Berichten aus Wudens)

Der nach dem Zustandekommen des russisch-japanischen Abkommens von manchen japanischen Kreisen gehegte Traum eines russisch-japanischen Bündnisses ist schnell von den Chinesen zerbrochen worden, namentlich in der Mandchurie, was umso beachtenswerter ist, als der Nachhaber der Mandchurie, Marschall Chang Tso-lin, auf gute Beziehungen zu Japan großen Wert legt.

Trotzdem haben japanische Blätter der Mandchurie aus reinem Übermut selbst Chang Tso-lin empfindlich verletzt. Eine in chinesischer Sprache herausgegebene japanische Zeitung hatte den Sohn des Marschalls als jungen Herrn bezeichnet, der von seinem Vater alle Wünsche erfüllt bekomme und sich in alles hineinmische, ohne von irgend etwas auch nur das geringste zu verstehen. Ade man ihm etwas von den Vorteilen der Flugzeuge vor, so müsse sein Vater ihn gleich Flugzeuge kaufen, empfehle man ihm Geschütz oder Munition, so kaufe er gleich diese Dinge, obwohl er besonders von militärischen Fragen schlechterdings nichts verstünde. Auf diese Verhöhnung des Sohnes Chang Tso-lins antwortete die chinesische Presse mit einer nicht feinen Verhöhnung des Prinzregenten von Japan, so daß der japanische Generalkonsul Sühne für die Verleumdung des japanischen Kaiserhauses verlangte. Die „Sühne“ bestand darin, daß der Redakteur eines chinesischen Blattes einen besseren Posten erhielt.

Dieser Vorfall ereignete sich im Frühjahr 1924, im Frühjahr d. J. (1925) brachte dasselbe Blatt eine ganze Serie von Artikeln, aus denen hervorgeht, daß der Chinese trotz der Stammesverwandtschaft den Japaner nach mehr haßt und verachtet als den Weißen. In diesen Artikeln wurden die Japaner „beschränkte Inseln“ genannt, die sich in höchst ungehöriger Weise in chinesische Angelegenheiten einmischten. Ein anderes Blatt Wudens die „Sung Hsiu pau“, schrieb gelegentlich der Verhaftung eines chinesischen Gendarmen durch japanische Polizei aus einem Juge der Peking-Wudens-Eisenbahn heraus, man solle aufhören, immer wieder von freundschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und China zu sprechen. China habe durch zu große Nachgiebigkeit selbst verschuldet, daß die Japaner sich immer annähernder zeigten und die chinesische Souveränität mißachteten. Wenn die Japaner nicht lernen sollten, sich zu mäßen, dann würde in ganz China ein Widerstand entstehen, der für Japan nur nachteilig sein könnte. Über die Feindschaft Chinas gegen Japan könne man offen reden, denn es habe gar keinen Zweck, angesichts der sich täglich wiederholenden Übergriffe von Japanern die wirklichen Verhältnisse zu verschleiern.

Die Äußerungen lassen klar erkennen, daß in Nordchina die Abneigung gegen die Japaner ebenso groß ist wie in Mittelchina, wo sie zur Verschärfung der Beziehungen in Shanghai ganz wesentlich beigetragen hat.

Volkswirtschaftliche Einflüsse auf die chinesischen Soldaten und die Zivilbevölkerung

(nach Berichten aus Canton und Shanghai)

Die Bemühungen der Sowjetagenten, einerseits die Chinesen für den Bolschewismus zu gewinnen und andererseits die chinesische Abneigung gegen die fremden Mächte zu steigern, sind in den letzten Monaten besonders hervorgetreten. So sind die Erfolge der chinesischen „Roten Armee“ in Südchina in diesem Frühjahr zum Teil auf russische Unterstützung zurückzuführen gewesen. Die Russen haben der Canton-Regierung nicht nur Geld zur Verfügung gestellt, sondern auch Offiziere, welche die Canton-Truppen ins Gefecht führten, ferner Flugzeuge und einen kleinen Panzerszug. Sie haben damit aber nicht nur militärische Erfolge der „Roten Armee“ bewirkt, sondern auch den Übermut der „roten Soldaten“ gesteigert, der sich auch Ausländern gegenüber sehr bemerkbar machte. So kam es Ende Februar zu einem Kampfe zwischen Cantontruppen und einer portugiesischen, mit russischen Weisgardisten bemannten Barde. Die bei diesem Kampfe zurückgelassenen Canton-Truppen gerieten durch ihren Mißerfolg in Wut, packten 2 Spaziergehende. Ander, britische Unterthanen, entziff sie der Polizei, die sie fesseln wollte, erschossen sie und warfen ihre Leichen ins Wasser.

Auch der russische Generalkonsul in Shanghai hat den Tod Sun Yat-sens benutzt, um für den Bolschewismus Stimmung zu machen und zugleich die Chinesen gegen die Ausländer einzunehmen. Er veranstaltete eine Feier zum Gedächtnisse Sun's und hielt dabei eine Rede, in der er Sun mit Lenin verglich. Zwar sei Sun nicht eigentlich der Vertreter des Kommunismus in China gewesen, wohl aber der große Kämpfer der revolutionären Idee. Dieses revolutionäre Ziel der Befreiung der unterdrückten und ausgebeuteten Völker Ostasiens sei auch das Ziel Lenins in Rußland gewesen. Die Platte der Revolution sei auch die Platte der Volksrevolution. „Wohl sind beide Sonnen, die weiße Sonne Sun's und die rote Sonne Lenins, jetzt untergegangen, aber nicht nur wir russischen Arbeiter denken ihnen, alle die unterdrückten Arbeiter der ganzen Welt werden Lenin und Dr. Sun nie vergessen. Daher gehört der furchtlose unerschrockene Dr. Sun, der erste Revolutionär Chinas, nicht nur dem Gedächtnisse des chinesischen Volkes, sondern dem überall gehegten Andenken an die heldenhaften Hauptführer der Weltrevolution.“

Ein anderer russischer Medner brachte noch eine die Chinesen besonders nahe berührende Note in die Feier hinein, indem er Sun rühmte, weil er rasilos bemächt gewesen sei, gegen die Ausbeutung Chinas durch die Ausländer zu protestieren. Gerade diese Andeutung hat selbst solche chinesische Zeitungen, die den Bolschewismus an sich durchaus ablehnen, zu wohlwollenden Reserven über die Gedenkfeier im russischen Generalkonsulat veranlaßt.

Sonstige Ursachen und Quellen der Fremdenfeindschaft (nach Berichten aus Peking und Canton)

Die Fremdenfeindschaft in China wird durch zwei Momente besonders genährt: einmal durch die politische und wirtschaftliche Bevormundung Chinas durch die fremden Mächte, dann aber auch durch annäherndes und hochmütiges Verhalten gegen die Chinesen in einzelnen Fällen.

Vorkämpferin der politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeitsbestrebungen ist die unter tabularem Einflusse stehende „Liga gegen die ungleichen Verträge“. Im vergangenen Jahre hat das Verhalten der Mächte in der Zolltarifffrage der Agi-

tation der Liga einen starken Aufschwung verliehen, denn sie konnte die tiefste Erbitterung der politisch und national empfindenden Chinesen durch den Hinweis auf die Tatsache hervorgerufen, daß China der Zustimmung der Mächte bedürfte, um die einzelnen Positionen seines Zolltariffs zu erhöhen und das durch die Staatseinnahmen zu steigern. Während rief im Hochsommer 1924 die vom chinesischen Außenministerium beschickte „Peking Daily News“ aus, der chinesische Volkswille werde die China „mit Gewalt aufgezungenen Verträge“ befechtigen: „Der Volkswille ist wie ein ungeheurer Strom, der durch ein Wehr gestaut ist. Man öffne das Wehr und der Strom wird alles vor sich wegschwemmen — sogar die ungleichen Verträge. Zur gleichen Zeit äußerte das Organ der Canton-Regierung, die „Canton Gazette“, die fremden Mächte hätten Grund zu bereuen, was sie China angetan hätten; China dürfe in nicht all zu ferner Zeit auf glorreiche Tage hoffen.

Die Erbitterung der Chinesen über die politische und wirtschaftliche Bevormundung wird noch verschärft durch Demütigungen in einzelnen Fällen. Als im vorigen Sommer auf Schameen — drei zu Canton gehörenden kleinen Flußinseln, auf der sich die englische und die französische Kolonie befinden — bei einem Festmahl zu Ehren des französischen Gouverneurs von Indochina mehrere Angehörige der französischen Kolonie durch eine von einem Anamiten geworfene Bombe getötet wurden, wurden die Chinesen, die damit gar nichts zu tun hatten, gleich in doppelter Weise gedemütigt: erstens sprach der englische Generalkonsul in einem Schreiben an den Gouverneur von den Verdacht aus, daß ein Chinese der Täter wäre, zweitens wurde den Chinesen verboten, sich auf Schameen zu ergeben. Die Folge davon war ein eigenartiger Boykott: alle auf Schameen im Dienste von Ausländern befindlichen Chinesen verließen ihren Dienst und dadurch sahen sich die Franzosen und Engländer genötigt, die das Selbstgefühl der Chinesen verletzenden Bestimmungen wieder aufzuheben.

Damals schrieb die „Canton Gazette“ — sie sagte damit die gegenwärtigen Unruhen voraus —, China beginne einen Feldzug zur Wiedereroberung der ihm seitens der Fremden genommenen Rechte. Weil die Vorrechte der Deutschen, Österreicher und Russen in China beseitigt worden wären, so müßten auch die Vorrechte der Angehörigen anderer Länder fallen. Ein dauernder Friede mit den Fremden in China sei nur möglich unter der Voraussetzung, daß die Chinesen die alleinigen Herren im eigenen Lande würden.

Die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer abgelehnt

W.B. Berlin, 24. Juni. Im Steueraussschuß des Reichstags wurde heute die Finanzvorlage auf Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer mit 15 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten, Wirtschaftspartei gegen 13 Stimmen der übrigen Parteien abgelehnt. Finanzminister v. Schlieffen hatte sich nochmals für die Annahme seiner Vorlage eingesetzt und erklärt, im Falle einer Ablehnung nicht in der Lage zu sein, den Etat der Finanzverwaltung vorzulegen.

Die Zollvorlage und der Reichstag

Zu der heute beginnenden ersten Lesung der Zollvorlage weiß das „B.Z.“ mitzuteilen, daß der Plan einer gemeinsamen Erklärung der Regierungsparteien zu der Zollvorlage an dem Widerspruch der Zentrumspartei gescheitert sei. Die Zentrumspartei werde einen eigenen Redner vorschlagen. Auch die Deutschnationalen würden gleich bei der 1. Lesung Stellung zur Zollvorlage nehmen und hätten dafür einen eigenen Vertreter, den Hg. Tomson beauftragt. Laut „B.Z.“ wird der sozialdemokratische Hg. Wiffel das Wort ergreifen. Ob es gelingen wird, die gestrigen Beschlüsse des Ausschusses über die Erledigung der Steuervorlagen, die Aufwerfungsfrage und auch die Zollvorlage bis zum 18. Juli zu bewerkstelligen, wird den Blättern zufolge infolge des zu erwartenden heftigen Widerstandes der Linken für sehr fraglich gehalten. Im Reichstag ist ein Antrag der Deutschnationalen, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayerischen Volkspartei eingegangen, die Geltungsdauer der dritten Steuerungsverordnung bis zum 15. Juli 1925 zu verlängern.

Die Ruheräumung beschlossen

Der französische Ministerrat billigte am Dienstag, wie aus Paris gemeldet wird, die Maßnahmen, die der Ministerpräsident, der Kriegsminister und der Minister des Innern hinsichtlich der Ausführung der bezüglich der Räumung des Ruhrgebietes übernommenen Verpflichtungen getroffen haben. Die Operationen sollen binnen kurzem beginnen.

Wie Pariser Blätter melden, sollen die Operationen unmittelbar beginnen. Sie werden vor dem 17. August vollkommen zu Ende geführt sein. Es werden auch die als Sanktionsgebiet zu betrachtenden Städte Düsseldorf und Duisburg-Mühlort geräumt werden „obwohl“ für sie ein anderes Datum hätten in Anspruch genommen werden können und obwohl man sie mit der Besetzungzone von Köln hätte verbinden können, anfangt mit dem Bezirk von Essen.“

Die Aufwendungen für den Wohnungsbau. Im Wohnungs- und Siedelungswesen des Reichstages erklärte Reichsarbeitsminister Brauns, nach den Berichten der Länder sei für 1925 mit einem Gesamtaufwand von fast einer halben Milliarde Reichsmark für die Förderung des Wohnungsbau zu rechnen.

Deutscher Reichstag

22. Berlin, 23. Juni.

Eröffnung der Sitzung 9 1/2 Uhr. In der ersten Beratung des Gesetzentwurfes über den deutsch-schwedischen und den deutsch-finnischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag

Spricht Abg. Schilling (Dem.) im Namen der interparlamentarischen Union seinen Dank für die durch deutsche Vertreter geleistete Arbeit für den Rechtsgedanken in der Welt aus. Deshalb blieb jetzt nur der Weg der Individualverträge. Solche Verträge seien in den letzten 15 Monaten schon 29 in Europa allein abgeschlossen worden. Der deutsch-schwedische Vertrag habe sich als ein Modellvertrag für andere solche Verträge erwiesen.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) bemängelt, daß kein Vertreter des Auswärtigen Amtes zugegen sei.

Die Vorlage wird an den Auswärtigen Ausschuss überwiesen. Es folgt die zweite Beratung des von den Sozialdemokraten Müller-Frankens und Gen. eingebrachten Gesetzentwurfes zur Verlängerung der Dauer der Erwerbslosenunterstützung im besetzten Gebiete.

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten ist auf Grund der Regierungserklärung zu einer Ablehnung gelangt, beantragt aber eine Entschlieung, worin die Regierung ersucht wird, ihrerseits die Erwerbslosenunterstützung im besetzten Gebiet fortzusetzen.

Abg. Kirchmann (E.) schildert eingehend die Verhältnisse des Arbeitsmarktes im besetzten Gebiet. Im Reich seien auf 1000 Köpfe 4,8 Erwerbslose, im besetzten Gebiet dagegen 9,3 und in verschiedenen Städten neige diese Ziffer sogar bis auf 48. Die Industrie sei vom Reich großzügig mit 700 Millionen Mark entschädigt worden. Die Gemeinden seien gar nicht in der Lage, die Fürsorge zu übernehmen.

Abg. Esser (Z.): Der Gewerkschaftsvertreter Meyer-Düffelberg, der jetzt bei der Jahrestagung in Köln durch die Vertretung des Doktorgrades ausgezeichnet worden ist, hat den neuen Maßnahmen der Fürsorge für die Erwerbslosen im besetzten Gebiet zugestimmt. Die Regierung muß die Versprechungen, die sie bei der Jahrestagung gemacht hat, auch auf diesem Gebiete erfüllen.

Abg. Weber-Düffelberg (K.) verlangt die gleiche Behandlung der Erwerbslosen im besetzten Gebiet wie im übrigen Reich.

Abg. Biegler (D.) spricht sich in erster Linie für den Gesetzentwurf der Sozialdemokraten, evtl. auch für die Entschlieung aus.

Abg. Dietrich-Frankens (Döf.) äußert sich in demselben Sinn.

Abg. Dr. v. Drenander (DK.) empfiehlt die Entschlieung des Ausschusses. Die Notlage des besetzten Gebietes dürfe nicht allein auf die Not der Erwerbslosen abgestellt werden. In namentlicher Abstimmung wird der Ausschussantrag, den sozialdemokratischen Gesetzentwurf abzulehnen, mit 199 gegen 168 Stimmen angenommen. Die Entschlieung des Ausschusses wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der von den Sozialdemokraten und den Demokraten eingebrachten Gesetzentwürfe, die die Pachtordnung

vom 9. Juni 1920 in verschiedenen Punkten ändern, um den Schutz der kleinen Pächter zu verstärken. Der Ausschuss für Bohnungsfragen hat für diese Entwürfe einige andere Fassungen beschlossen.

Abg. Dr. David (E.) bemerkt, daß der Schutz der Kleinbauern vor einer Beendigung der Pacht durch den Verpächter und der Vertreibung von Haus und Hof verstärkt werden müsse.

Abg. Domsch-Dresden (DKP) führt aus, daß die Pachtordnung bald wieder aufgehoben werden müsse, weil dadurch wieder normale Verhältnisse im Pachtwesen geschaffen werden könnten. Nicht nur die Kleinpächter befänden sich in wirtschaftlicher Notlage, sondern auch die Verpächter.

Abg. Wiltens (Z.) macht darauf aufmerksam, daß die Beschlüsse des Ausschusses mit Einmütigkeit gefaßt worden seien, daß sich die Parteien aber nicht daran gehalten hätten, und mit neuen Anträgen gekommen seien. Infolgedessen halte sich seine Partei auch nicht an die Ausschussbeschlüsse gebunden. Aufstimmungen könne sie der Verlängerung der Pachtordnung bis 1927.

Abg. Westermann (DKP) stellt sich grundsätzlich auf den Standpunkt des freien Verkehrs gegenüber dem Zwang und führt aus, daß die Kleinbauern eine Aufhebung der Pachtordnung wünschten, damit sie wieder in den Besitz ihres eigenen verpachteten Landes gelangen können. Vorläufig werde aber seine Partei nochmals für die Verlängerung der Pachtordnung auf zwei Jahre stimmen.

Abg. Bug (K.) spricht sich für die volle Aufrechterhaltung des Pachtgesetzes aus.

Julius Weismann-Festwoche in Freiburg

„Leonce und Lena“ (Uraufführung).

Das Freiburger Stadttheater krönt seine diesjährige Spielzeit mit einer nur Worten von Julius Weismann, dem bekanntlich in Freiburg lebenden Komponisten, gewidmeten Festwoche. An mehreren Abenden wird ein Gesamtbild von dem bisherigen Schaffen des durch fruchtbarsten Tonkünstlers (der fünfundsiebzigjährige ist bald bei opus 100 angelangt) aufgestellt; neben Kammermusik, Orchester- und Singspielbietungen interessieren natürlich besonders die Opernaufführungen. Von den drei Opernwerken, die Weismann in den letzten Jahren schrieb, hat das Freiburger Stadttheater schon im vorigen Jahr „Schwanenweiß“ zur Erstaufführung gebracht und jetzt auch in der Festwoche wieder aufgenommen. Als Uraufführung erschien nun daneben Weismanns 8. Oper „Leonce und Lena“, die den Komponisten von Strindberg (auch die zweite Oper „Traumspiel“ hatte einen Strindbergschen Text benutzt) weg- und zu Georg Büchner hinführt, d. h. allerdings nicht zu dem ganz originalen Dichter, denn Weismann hat zugunsten der romantischen Wirkung wesentliche Änderungen und Kürzungen vorgenommen, teils auch Zusätze gemacht.

In „Gesammelten Beiträgen über Persönlichkeit und Werk“, die Dr. G. Doflein zur Freiburger Festwoche herausgegeben hat, aber ebenso übereinstimmend in einführenden Aufsätzen der „Freiburger Theaterblätter“, wird mit Recht Weismann heute der musikalischen Neuromantik zugezählt. Weismann steht also zurzeit auf dem rechten Flügel der musikalischen Entwicklung, er lehnt das Modernste, die „junge Musik“, die antimoralisch ist, ab; er beruft sich auf Melodie und Harmonie und stützt sich auf die Tradition. Seine Künstlerpersönlichkeit mit Peter Cornelius zu vergleichen, hat auch deshalb eine gewisse äußere und innere Berechtigung, weil Weismann dem Impressionismus, dem er früher angehörte, völlig entsagt hat. War schon „Schwanenweiß“ ein erster Versuch, in Deutschland so etwas wie eine neue Märchenoper zu schaffen, so ist „Leonce und Lena“ ein

Neu und Eigenes, Freiburg 1925.

Abg. Renneburg (D.) ist gegen den Abbau der Pachtordnung, die keineswegs ein Produkt der Nachkriegszeit oder der Inflationszeit sei, sondern auch in den anderen Ländern erforderlich geworden sei. Beim Abschluß der Pachtverträge ständen sich nicht viel gleichberechtigte Pächter gegenüber, sondern der kleine, wirtschaftlich schwächere Pächter dem starken Besitzer, der seine Rente ohne Arbeit verzeichnen könne. Die geltende Pachtordnung möge man auf zwei Jahre verlängern, um in der Zwischenzeit ein dauernd brauchbares Pachtgesetz zu entwerfen. Die demokratische Partei könne gegen die deutschnationalen Anträge und für die Ausschussanträge. Evtl. auch für die Zentrumsanträge.

Abg. Herber (DKP) ist für die zweijährige Verlängerung, aber nicht für die Bereinigung der Pachtordnung.

Abg. Weidenhöfer (K.) meint, da der Abbau jetzt aber noch nicht möglich sei, werde er der Verlängerung auf zwei Jahre zustimmen.

Damit schließt die Aussprache. Es folgten die Abstimmungen über die verschiedenen Anträge, zum Teil namentlich. Im übrigen werden die Ausschussbeschlüsse bestätigt.

In erster Beratung wird die zweite Erörterung zum Haushalt des Reichswehrministeriums für 1925 ohne Debatte an den Haushaltsausschuss überwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch 9 1/2 Uhr. Vorklage, Handelsvertrag mit England. Schluß 8 1/2 Uhr.

Politische Neuigkeiten

Zur Regierungserweiterung in Preußen

Im preussischen Landtag wurden am Dienstag die unerbittlichen Besprechungen unter den Fraktionsführern über die Frage der Regierungserweiterung fortgesetzt. — Dem Verh. Sozialisten, zufolge sollen die Vorschläge der Zentrumsfraktion über die Zusammenfassung des künftigen Kabinetts dahin lauten, daß den Deutschnationalen, dem Zentrum und den Sozialdemokraten je zwei Sitze, den Demokraten und der Deutschen Volkspartei je ein Sitz eingeräumt werden sollen. Die Führung des Kabinetts solle ein Zentrumsmann oder ein dem Zentrum nahestehender Politiker übernehmen. Das genannte Blatt glaubt, daß die nächsten Tage die Angelegenheit ernstlich weiter dringen dürften.

Eine deutsch-österreichische Anschließbewegung

An der Vorhalle des Wiener Rathauses und vor dem Rathaus fand am Dienstag eine von vielen Tausenden besuchte Massenversammlung des österreichisch-deutschen Volksbundes statt, in der Vertreter aller Parteien für die Anschließbewegung Österreichs an Deutschland eintraten. Es wurde eine entsprechende Entschlieung einstimmig angenommen, in der der Wille und das natürliche Bestreben des österreichischen Volkes, mit dem deutschen Reich vereinigt zu sein, betont und dagegen Verwahrung eingelegt wird, daß dieser Wunsch der überwiegenden Mehrheit des deutsch-österreichischen Volkes von den ausländischen Stellen dahin ausgelegt werde, als ob Deutschland Österreich „annektieren“ wolle. Die Versammlung forderte das Selbstbestimmungsrecht für das deutsch-österreichische Volk und beauftragte die Leitung des österreichisch-deutschen Volksbundes, diese Entschlieung dem Bundeskanzler und dem Außenminister persönlich zu übermitteln.

Was zahlt der Deutsche an Steuern?

Die „Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrgebiet“, das amtliche Organ der Handelskammer Dortmund, Bochum, Duisburg und Essen veröffentlichten in ihrer letzten Nummer eine Statistik über die Steuerlasten des deutschen Staatsbürgers. Die Statistik beweist die gesamte Steuerlast für 1924 folgendermaßen: Reichsteuern 4 456 000 000 M., Reichssteuerüberweisung an Länder und Gemeinden 2857 Millionen Mark, eigene Staatssteuern 1140 Millionen Mark, eigene Steuern der Gemeinden 1800 Millionen Mark, also insgesamt 9753 Millionen Mark. Die Statistik stellt dieses nahezu 10 Milliarden Mark betragende Steuern, die aus der deutschen Wirtschaft 1924 herausgezogen wurden, die gesamten Steuerlasten des Jahres 1913 gegenüber: Reichsteuern 1968 Millionen Mark, Staatssteuern 1140 Millionen Mark, Gemeindesteuern 1800 Millionen Mark, insgesamt 4908 Millionen Mark. Von dieser Ziffer zieht die Statistik noch 10% ab, um die Vergrößerung der deutschen Bevölkerung durch den Friedensvertrag und die Kriegsverluste zum Ausdruck zu bringen.

Es ergibt sich also, daß mindestens 5 1/2 Milliarden Mark aus der reduzierten und ihrer Mittel entbehrenden deutschen Wirtschaft im Jahre 1924 mehr als aus der Reichswirtschaft von 1913 herausgezogen worden sind.

Gefandter Raucher in Berlin. Laut „Zeit“ ist der deutsche Gefandte in Warschau, Raucher, in Berlin eingetroffen. Das Blatt glaubt annehmen zu können, daß seine Reise nach Berlin mit den gegenwärtigen schwebenden deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen zusammenhängt.

weiterer Schritt auf diesem Weg, ja ein Fortschritt, insofern sich der Liebesepos noch belebend auch einige komische Elemente gefellen und zugleich im ersten und dritten Akt Ansätze zu einer Verjüngung der komischen Oper zu finden sind. Der Bühnenreife Urtext hätte eigentlich überhaupt weit eher eine Umgestaltung nach dieser Seite ertragen, sogar in der Weismanns Bearbeitung machen solche Teile den weitaus stärkeren Eindruck, während der zweite, ganz in April zeitigende Akt ziemlich leerläuft. Man muß es bedauern, daß Weismann, der in seiner Musik offenbar auch das Zeug zur romantischen Romie besitzt, davon so wenig Gebrauch macht und zuweilen in sentimentale Schwärmerei verfallt, bei der heute niemand so recht froh mehr werden kann. Es mag richtig sein, daß seine Musikalität ihn viel mehr zum Märchenpiel denn zum Musikdrama treibt. Aber sich diesem Gang hinzugeben, ist nicht ungefährlich; denn immer noch genügt eine aus stimmungsvollerer Musikgestaltung geborene Lyrik keineswegs, um eine Märchenoper dramatisch wirksam zu machen und um die notwendigen Steigerungen herbeizuführen.

Sobiel ist grundsätzlich gegen den Märchenoperstyp zu sagen, zu dem Weismann Georg Büchners pastorales Lustspiel umformen zu müssen glaubte. Im übrigen zeigt aber das Partiturbild, daß Weismann dennoch in diesem seinem dritten Opernwerk erheblich den Anforderungen des Theaters näher gekommen ist und jetzt zuweilen eine Musik schreibt, die ihre Ursprünge vom Liedstil zeitweise überwindet. Ihr danken denn auch die beiden Hauptfiguren Leonce und Lena, der anfänglich in Trübsinn gefangene Prinz, der fern der Welt der Etikette am Hof seine Prinzessin findet und gewandelt und erlöst mit ihr dorthin zurückkehrt, ihre dramatische Daseinsberechtigung. Dies Paar steht außerhalb und oberhalb der übrigen Puppen, die einen trötlichen König, einen den Hoffaat und einen pöbelhaft betrunkenen, aber herzensguten Hanswursen umfassen. Freilich, die innere Wandlung, das Menschwerden, das sich Suchen und Finden zweier Herzen, wird im 1. Akt, der den Höhepunkt der Oper bilden müßte, nicht recht deutlich. Es ist das ein stark innerlicher, seelischer Vorgang, den aber immerhin eine gestaltungreiche Musik hör- und fühlbar werden lassen könnte. Weismanns

Die neue oldenburgische Regierung

Im oldenburgischen Landtag wurde am Dienstag die neue Regierung gebildet und zwar infolge eines Übereinkommens zwischen dem Landtag und dem Zentrum. Sie ist folgendermaßen zusammengesetzt: Präsident der bisherige Präsident von Fink, der auch das Äußere und das Kultusministerium übernimmt, Finanzminister der bisherige Ministerialrat Willers, der auch die soziale Fürsorge und die Versorgungsangelegenheiten mit befragt, und der Minister a. D. Drivar für Inneres, Handel und Verkehr. Damit scheiden die beiden Minister Weber, Inneres, und Stein, Finanzen und Soziale Fürsorge, nach zweijähriger Tätigkeit aus. Die Sozialdemokraten und die Demokraten nahmen in Erklärungen gegen die Regierung Stellung.

Marokkodebatte in der französischen Kammer

Die französische Kammer nahm Dienstag nacht nach einer Marokkodebatte mit 510 gegen 30 Stimmen eine Tagesordnung an, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Kammer tadelt mit Entrüstung die Aufregungen, die das Leben unserer Soldaten in Gefahr bringen, wie auch das zivilisatorische Werk und den Friedenswillen Frankreichs. Sie billigt die Erklärung der Regierung, nimmt Akt von ihrem Entschluß, die Verhandlungen mit Spanien zu einer Lösung zu führen, die mit dem Respekt vor den internationalen Verträgen und dem Selbstbestimmungsrecht der Afrikanerbevölkerung im Einklang steht und so die friedliche Nachbarschaft mit Frankreich sicherstellt. Die Kammer bekräftigt die Tagesordnung, die am 29. Mai angenommen wurde, und vertraut der Regierung, daß sie deren Durchführung weiter verfolgt. Sie lehnt jede weitere Hinzufügung zu dieser Tagesordnung ab.“

Diese Tagesordnung wurde von den Führern der vier zum Kartell der Linken gehörenden Parteien unterzeichnet. Ein Teil der Sozialisten hat sich der Stimmabgabe enthalten. Ein Teil stimmte für das Kabinett Painlevé, darunter, wie sich aus der Tagesordnung selbst ergibt, der sozialistische Führer Leon Blum.

In seiner Erklärung über die Marokkopolitik sagte Ministerpräsident Painlevé u. a.: Die Tatsache, daß die Franzosen überall in der französischen Zone kämpfen, gestattete den Missetaten, so sagen, sie seien Sieger. Der Gegner suche Nutzen daraus zu ziehen, daß man in Frankreich vom Frieden spreche. Hierin liege eine moralische Gefahr, vor der die Kammer warnen müsse. Marokko zu räumen sei Unfug, das würde eine Niedermetzelung aller Franzosen bedeuten, und zwar nicht nur in Marokko, sondern auch in Algier. Ad-el-Krim predige den Heiligen Krieg. Die Gefinnungsgenossen von Zaurès dürften nicht vergessen, daß er der erste sei, der, als man von dem Marokkoabenteurer sprach, erklärte, daß Frankreich schon aus zivilisatorischen Gründen Nordafrika nicht aufgeben könne. Als Painlevé sich für den sozialen Fortschritt und für die Demokratie ausspricht, spendet ein Teil der sozialistischen Kammerfraktion unter Führung von Moutet, Barone und Boncour seinen Worten Beifall.

Nach Painlevés Rede wurde die Sitzung unterbrochen und nach 40 Minuten wieder eröffnet. Dann kommt es zu einer Schlägerei zwischen Kommunisten und rechtsstehenden Abgeordneten. Der Kommunist Doriot nimmt für seine Partei das Recht der Propaganda unter den Eingeborenen Afrikas in Anspruch und sagt: Der Marokkofeldzug ist bei der arbeitenden Klasse und unter den Soldaten unpopulär. Der Generalresident in Marokko ist für den Krieg verantwortlich.

Verfälschung der Lage in China

Die Lage in China hat sich nach Neuermüdungen weiter verschlimmert. In Wutschau in der Provinz Kwangtung wurde der japanische Konsul getötet und 2 andere Japaner verwundet. In Kanton entstand bei einer Kundgebung eine Schießerei. Englische und französische Marinejoldaten erwiderten das Feuer mit Maschinengewehren. Das Schießen dauerte 20 Minuten. Ein französischer Kaufmann namens Pasquier wurde getötet. Der Bivillonmiffar Edward, sowie ein britischer Marinejoldat und zwei Zivilisten wurden verwundet.

22. London, 23. Juni. Neuer meldet: Das diplomatische Korps in Peking faßte den einstimmigen Beschluß, direkte Verhandlungen mit der chinesischen Regierung zu eröffnen, um die Verantwortlichkeit für die Ereignisse in Schanghai festzustellen und einen Versuch zur Regelung der Lage zu machen.

Die Aufwertung der Sparprämienanleihe. Im Aufwertungsausschuss des Reichstages wurde am Dienstag nach einem deutschnationalen Antrag beschlossen, daß je 1500 Mark Stammbetrag der Sparprämienanleihen und je 1000 Mark Nennbetrag der übrigen Anleihen in je 60 Reichsmark-Anleihen-Blöcken umgetauscht werden sollen. Die Regierungsvorlage hatte bei der Sparprämienanleihe vorgezogen, daß erst je 2000 M. in 50 Reichsmark umgetauscht werden sollen.

Demühen geht auch sichtlich in dieser Richtung, aber daß es ihm gelungen sei, diese Seelenorgane zwingend und einseitig zu illustrieren, kann man leider nicht behaupten, so reich an Einzelschönheiten und Manuskripten gerade hier einige Partien sind. Im Zusammenhang damit steht auch das Verlangen der Schlußzene, wo sich zu dem Gesang des beseligten Barres ein unsichtbarer Chor mit einem Gedichte von Walter Cole gefeßt. Man merkt wohl, daß hier eine, etwa an Straußsche Vorbilder gemahnende, letzte Steigerung angestrebt wird, doch bleibt diese ohne dramatische Wirkung und ohne jenen effektvollen Schwung, auf den nun einmal eine „Oper“ nicht verzichten kann.

Julius Weismann ist ein erster, aus innerster Überzeugung probierender Musiker, und er verdient deshalb auch die Anerkennung und die Bemühung um seine Schöpfungen. Das Freiburger Stadttheater hatte sich mit großem Fleiß für sein Werk eingesetzt und diesem einen heraldischen lokalen Erfolg errungen. Besonders prächtig und einbeillich war die Ausstattung. Man muß allen Bühnenbildern von Carl Koller den Hohn nachrühmen, daß sie sich in die Märchenwelt feinsinnig eingeföhlt hatten und wirklich märchenhafte Stimmung schufen. Fast ebenso sehr kamen aber auch der Bühnenleiter (Max Krüger) und der Dirigent (Ewald Lindemann) den Intentionen des Komponisten entgegen. Von den Solisten fand zwar Lucia Delfaria (Lena) nicht auf gleicher Höhe wie Sigmund Matuzshewsky (Leonce), dafür gerieten jedoch einige der Nebenfiguren, so der König (Gustav Fink) und vor allem der Landfrischer Valerio (Alfons Schwiger) ausgezeichnet. Der Beifall nahm demonstrative Formen an, als sich endlich am Schluß der Oper der Komponist mit den Solisten mehrmals zeigte und durch reiche Blumen spenden geehrt wurde. Eine ansehnliche Jubelerschafter hatte schon am Sonntag morgen bei einer Morgenfeier ihm herzlich zugejubelt, nachdem er zusammen mit Gisela Derpsch (Lena) und Georg H. Walter (Berlin) eine Reihe seiner besten Lieder zum Vortrag gebracht hatte. Für den Marokkopolitik waten dabei vier „Traumspiele“ besonders auffallend und zeigten deutlich, wo immer noch seine eigentliche Stärke und Bedeutung liegt.

H. Sch.

Parlamentarischer Abend bei Hindenburg. Beim Reichspräsidenten fand am Dienstag ein großer parlamentarischer Abend statt. Es waren erschienen der Reichspräsident, die Reichsminister, die preussischen Minister, die Staatssekretäre des Reichs und Preussens, die Ministerialdirektoren der Reichsministerien, die Befehls- und Vertreter der Länder, das Reichstagspräsidium, zahlreiche Abgeordnete der Fraktionen des Reichstages, das Präsidium des preussischen Landtages und des preussischen Staatsrates, die Direktoren der Berliner Hochschulen, die Vorsitzenden der wirtschaftl. und beruflichen Spitzenverbände und die Vertreter der Presse, sowie der Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft.

Das französische Militärgefängnis in Landau. Der bayerische Landtagsabgeordnete Bergott aus Landau hat eine Anfrage im bayerischen Landtag eingebracht, in der es heißt: Der Bürgermeister Morio in Mansbach ist mit seinem Sohne von dem französischen Besatzungsbehörden beschattet und gefesselt abgeführt worden. Der Schwager des Bürgermeisters Morio ist ebenfalls abgeführt worden und hat sich nach 8 Tagen im Zustande äußerster seelischer Erregung wegen der ihm und seinem Bewandten zuteil gewordenen Behandlung in dem französischen Gefängnis erhängt. Die Staatsregierung wird um Berichterstattung über die Vorgänge und die sofortige Erwirkung der Freilassung der Inhaftierten ersucht.

Kurze Nachrichten

Der deutsche Außenhandel im Mai 1925. Die deutsche Einfuhr im Mai 1925 beläuft sich auf 1084 Millionen gegenüber einer Ausfuhr von rund 732 Millionen. In der Zeit von Januar bis Mai 1925 betrug die Einfuhr rund 5576 Mill. M.M. Die Ausfuhr rund 3444 Millionen M.M. Die reine Wareneinfuhr zeigt im Mai gegenüber dem Vormonat eine Abnahme von 18 Millionen M.M., die Warenausfuhr ist dagegen um rund 68 Millionen gestiegen. Die Passivität der Handelsbilanz beläuft sich im Mai auf 266 Millionen M.M. gegenüber 287 Millionen im Vormonat.

Im Nordbrunn Jonas (Medlenburger Tscheta) wurde am Dienstag vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zu Leipzig das Urteil gesprochen. Der Spruch lautet gegen Tscheta auf 8 Jahre Zuchthaus, 500 M. Geldstrafe, gegen Winkel auf 8 Jahre Zuchthaus, 800 M. Geldstrafe, gegen Barule auf 2 1/2 Jahre Zuchthaus und 300 M. Geldstrafe, gegen Schmidt auf 2 1/2 Jahre Gefängnis und 300 M. Geldstrafe.

Neue Kämpfe in Spanisch-Marokko. Wie eine im Pariser „Journal“ veröffentlichte Meldung aus Madrid besagt, hat der Druck, den der Feind gegen die spanische Westfront in Marokko ausübt, in der Zone von Tetuan zu heftigen Angriffen gegen die spanischen Linien geführt.

Amerikanische Propaganda auf den Philippinen. Nach einer Meldung der „Association Press“ aus Manila wird der Versuch gemacht, die fremdenfeindliche Agitation auf Manila auszudehnen. Die Rabalten in Schanghai forderten ihre Parteigenossen in Manila telegraphisch auf, den Generalstreik am 25. Juni in Manila zu erklären.

Badischer Teil

Der Badische Industrie- und Handelstag zur Frage der Handels- und Zollpolitik

Die Präsidialkonferenz des Bad. Industrie- und Handelstags, die am 19. Juni 1925 in Badenweiler tagte, befaßte sich nach einem Referat von Dr. Ullm und ausführlichen Darlegungen von Präsident Enkel und Ministerialrat Dr. Scheffemeier eingehend mit den augenblicklich schwebenden Fragen der Handels- und Zollpolitik.

Als übereinstimmende Meinung kam — wie uns geschrieben wird — zum Ausdruck, daß in den internationalen Verhandlungen unbedingt erreicht werden muß, daß Deutschland als gleichberechtigte Nation anerkannt und weder in Fragen des Waren- noch des Personenverkehrs, noch in allen Dingen, die Gegenstand internationaler Vereinbarung sein können, schlechter gestellt wird, als irgend eine andere der beteiligten Nationen (Grundlag der Reichsfinanzierung). Zu der Zolltarifvorlage selbst wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß sowohl aus inner- wie außenpolitischen Gründen ihre möglichst rasche Verabschiedung dringlich erwünscht sei. Es wurde anerkannt, daß sowohl die Zollfrage der einzelnen Positionen durch die vereinfachte Kriegs- und Nachkriegsregelung ihre Relation zueinander verloren haben, daß sie auch ihrer Höhe nach vielfach nicht mehr ausreichend sind und auch die Einteilung der einzelnen Positionen nicht mehr den Bedürfnissen entspricht. Es wurde als notwendig bezeichnet, daß unseren Unterhändlern für die Vertragsverhandlungen ein brauchbares Verhandlungsinstrument, das geschickt feilschen kann, an die Hand gegeben werden müsse. Bezüglich der Eisen- und Agrarzölle wurde der Grundgedanke ausgesprochen, daß die Zölle unter keinen Umständen über das Maß hinausgehen dürfen, das erforderlich ist, um uns die Produktionskraft sowohl der eisenschaffenden Industrie wie der Landwirtschaft zu erhalten. Bei den landwirtschaftlichen Zöllen wurde insbesondere die Notwendigkeit der Einführung von Restzöllen betont und bei den Eisenzöllen auf die schwierige Lage von Badens Handel und verarbeitender Industrie hingewiesen, die durch eine nichtgerechtfertigte Höhe der Zölle sowie durch Abmachungen hervorgerufen werden könnte, die der Eigenart des Gebietes, insbesondere im Verhältnis zur Saar und Lothringen, keine Rechnung trage.

Weitere vorläufige Volkszählungsergebnisse

Reibelsberg: 73 000 Einwohner.
Schweigen: 9277 Einwohner gegen 8941 im Jahre 1919.
Ettlingen: 9454, 4322 männliche und 4932 weibliche Einwohner. Bei der Volkszählung 1910 hatte Ettlingen 9406 Einwohner (4971 männliche, 4435 weibliche). Zu beachten ist hierbei, daß 1910 die Unteroffizierschule mit ihren 654 Köpfen eingegangen ist und die Zahl der Wehrmännchen auf ein Drittel zurückgegangen ist.
Freiburg: 90 563 Einwohner und zwar 41 761 männliche und 48 792 weibliche Personen. Gegen 1919 bedeutet das ein Mehr von 2004, wobei jedoch zu bemerken ist, daß 1919 noch 1548 Mann Militär in Freiburg lag.

Große Schweizer Kunstausstellung in Karlsruhe. Während der Monate Juli und August d. J. findet in Karlsruhe im hiesigen Ausstellungsgelände eine „Große Schweizer Kunstausstellung“ statt, die einen Überblick über das gesamte Kunstschaffen der Schweiz während der letzten Jahrzehnte geben soll; eine kleinere retrospektive Ausstellung soll eine entsprechende Ergänzung und Rückblick bieten und vornehmlich die Kunst A. Böllins und F. Hodlers berücksichtigen. Der Ausstellung wird, zumal sie wohl zum ersten Male in solcher Breite einen Überblick im Ausland bietet, eine besondere Bedeutung zukommen, umso mehr als durch die günstige geographische Lage der badischen Landeshauptstadt (an der europäischen Ost-West- und Nord-Südverbindung) gerade in diesem Jahre ein harter Besucherzustrom erwartet werden darf.

Basel—Bodensee

Der Rheinschiffahrtsverband Konstanz hielt seine diesjährige Jahresversammlung in Waldshut ab, wozu aus allen Teilen Süd- und Südwestdeutschlands Vertretungen erschienen waren.

Kommerzienrat Stiegeler-Konstanz begrüßte die erschienenen Vertreter der badischen Regierung, der Regierungen der Kantone Thurgau, Argau, Baselstadt, die Städte Konstanz, Waldshut, Säckingen, Lörrach und Freiburg, der Kreisregierung von Schwaben-Neuburg, des Landesstatthalters von Voralberg, der oberbadischen Handelskammern, der Handelskammer von Ulm und noch verschiedener anderer Behörden und Korporationen.

Den Gruß der badischen Regierung übermittelte Finanzminister Köhler, der — nach dem Bericht der „N. Bad. Landeszeitung“ — auf die eigentümliche Situation der Rheinschiffahrt überhaupt verwies, in die sie durch die noch eigentümlichere Beschlußfassung der Zentralkommission für Rheinschiffahrt gekommen sei; denn zweifellos stehen die Schiffsahrtbestrebungen für die Strecke Basel-Konstanz in engem Zusammenhang mit der Gestaltung der Rheinschiffahrt auf der Strecke Straßburg-Basel, die mit dem Bau eines französischen Seitenkanals eigentlich unterbunden werden soll. Um die Erhaltung des freien Rheines kämpfen jetzt Baden, Belgien, Deutschland mit der Schweiz zusammen. Besondere Beachtung der Rheinschiffahrt geschenkt werden, die heute noch auseinander gehe, aber er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Eisenbahnen und Schiffe sich zusammenschließen werden.

Generalkonful Reinhold-Büchli, ehemaliger badischer Finanzminister von Baden, sprach einem gemeinsamen Zusammenwirken von Deutschland und der Schweiz inbezug auf die Lösung der Rheinschiffahrtsfrage das Wort. Der Vertreter von Voralberg, Statthalter Dr. Negler-Bruggen überbrachte die Grüße seiner Landesregierung, die für die Bestrebungen der Rheinschiffahrt bis zum Bodensee das lebhafteste Interesse bezeugt. Im gleichen Sinne sprach Oberregierungsrat Häfeler-Konstanz, als Vertreter des bayerischen Kreises Schwaben-Neuburg. Oberbaurat Brehm übermittelte die Grüße der württembergischen Regierung. Als letzter Begrüßungsredner sprach noch Kommerzienrat Dr. Magirus-Ulm als Vertreter der Handelskammer von Ulm.

Nach Erlebigung geschäftlicher Angelegenheiten gab Oberbaurat Ullmayer, Karlsruhe, Auskunft über den Stand der Vorarbeiten für die Strecke Basel—Konstanz, namentlich über die ausgearbeiteten Projekte der dem Verbands zugewiesenen Strecken, sowie auch über die Zusammenarbeit mit dem Nordostschweizerischen Schiffahrtsverband.

Als Ort nächster Tagung wurde Lörrach bestimmt in dem Sinne, daß die geschäftlichen Angelegenheiten in Lörrach, die übrigen Verhandlungsgegenstände aber in Basel als Fortsetzung der Lörracher Tagung erledigt werden sollen, in Verbindung mit dem Besuche der in Basel stattfindenden internationalen Ausstellung für Binnen-Schiffahrt.

Minister A. D. Dietrich sprach sodann über den „linksrheinischen Kanal“, dessen Erstellung die Franzosen gestützt auf Art. 358 und 362 beanspruchen. Nach Ansicht des Referenten ist es nicht die Absicht der Franzosen, mit dem Bau dieses Kanals die freie Schifffahrt auf dem Rhein zu fördern, sondern um dem Rhein Kraft für die französische Industrie zu entnehmen. Der Referent ist kein Freund des französischen Seitenkanals, kann sich aber auch nicht so sehr für die Rheinregulierung begeistern, die ja mit der Herstellung des Rheinseitenkanals doch illusorisch werde. Die Rheinregulierung gestatte andererseits die Ausnutzung der Wasserkraft des Rheins nicht. Er hätte gerne gesehen, wenn aus das alte Kanalisierungsprojekt der Zentralkommission vorgelegt und dem Rheinseitenkanal entgegengestellt worden wäre.

Der Redner empfiehlt gleichwohl die Unterstützung des schweizerischen Projekts der Regulierung, mit der sich aller Voraussicht nach die einzelnen Landesparlamente, speziell dasjenige Badens und der Reichstag befassen werden. Sehr eingehend beschäftigte sich der Redner mit den Verhandlungen über das Remser Wert und betont, daß nach dem Bau desselben von einer Rheinschiffahrt nicht mehr die Rede sein könne und daher sei auch das Projekt des Rheinseitenkanals zu verwerfen. Erfolgt der Bau des Seitenkanals oder auch nicht, die Regulierung bleibt immer ein Provisorium.

In der Diskussion machte Ministerialdirektor Dr. Fuchs-Karlsruhe, welcher der deutschen Delegation zur Rheinschiffahrt angehört, zu den Ausführungen Dietrichs einige Ergänzungen. Die deutsche Delegation habe im Jahre 1921 das deutsche Kanalisierungsprojekt vorgelegt, aber stillschweigend sei es übergegangen worden, nicht einmal die Neutralen hätten ein Wort zu seinen Gunsten eingelegt; auch andere deutsche Vorschläge, wie die Umgehung der steineren Schwelle bei den Franzosen stillschweigend abgelehnt worden. Deutschland könne im vorliegenden Falle gar nichts anderes machen, als mit der Schweiz die Rheinregulierung zu fördern und mit Befehlsmäßigkeit durchzuführen; die Schiffarmachung des Rheins zum Bodensee stehe im engsten Zusammenhang mit der Rheinregulierung. Dr. Fuchs weist mit Nachdruck auf die Isolierung der deutschen Delegation in der Zentralkommission und weist auf einzelne Zeitungsstimmen westschweizerischer Mäler hin, die Deutschland bereits drohen, daß die Schweiz von dem ihr zustehenden Recht, den Rhein oberhalb Basel gerade so ihren Zweck dienlich machen, wie das seitens der Franzosen unterhalb Basel bis Straßburg geschehe; wenn die Schweiz dieses Recht wolle, so werde ihr dasselbe von der Zentralkommission auch gegeben, denn der Zentralkommission stehe die Jurisdiktion über den Rhein auch oberhalb Basel zu, aber es sei kaum anzunehmen, daß die Schweiz Anspruch auf dieses Recht machen werde.

Nach weiterer Debatte wird folgender von Abg. Dietrich eingebrachte Entschluß gefaßt:

„Die am 21. Juni 1925 in Waldshut tagende, zahlreich besuchte Versammlung hält den badigen Ausbau des Rheins bei Straßburg-Basel bis zum Bodensee als besonders dringlich und ersucht die beteiligten Regierungen die erforderlichen Mittel hierzu bereit zu stellen. Sie erhebt Widerspruch gegen die Entscheidung der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt, soweit sie das Einverständnis mit dem linksrheinischen Seitenkanal (Straßburg-Basel) betrifft. Ferner erachtet die Versammlung als dringend notwendig, bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Ausführung des Schiffahrtsweges Straßburg-Basel-Bodensee die Interessen des badischen Oberlandes besonders zu beachten.“

Der Bürgerausschuß Singen beschloß, das Schulgeld für die Gewerbe- und Handelsschule in Zukunft bei den Arbeitgeber zu erheben. Nach einer Vorlage des Gemeinderats sollte die Einreibung der städtischen Beamten in die Gehaltsklassen neu geregelt werden. Da mit der Neueingruppierung für manche Beamte eine Neubegründung des Gehaltes verbunden wäre, sah die Vorlage vor, daß die derzeitigen Stelleninhaber das Gehalt weiterbezogen und die jetzige Anwendung nur bei Neubestellung der Stellen in Frage kommen sollten. Die Sozialdemokratie hatte den Antrag gestellt, die Beförderung in der bisherigen Weise bestehen zu lassen. Dieser Antrag fand überstimmendweise mit 35 gegen 32 Stimmen Annahme.

Gemeinde-Rundschau

Die Bautätigkeit in Mannheim. Wie das Städtische Nachrichtenamt berichtet, wurden nach den Erhebungen der Ortsbaukontrolle anlässlich der Robaurevisionen im Monat Mai d. J. zum Teil durch Neubauten, zum Teil durch Umbauten 47 Wohnungen neu geschaffen; darunter sind 26 Wohnungen mit 1—3 Zimmern und 21 mit 4 und mehr Zimmern. Die Zahl der Neubauten belief sich auf 19 (davon 8 Kleinhäuser mit 1—2 Wohngefassen), die der Umbauten auf 2.

Zur Bekämpfung der Schnafenplage. Eine interessante, kleine Ausstellung im Vermehrungshaus der Mannheimer Stadtgärtnerei am Rennplatz zeigt in einer Anzahl von Aquarien die Entwicklung unserer Hausfliegen am lebenden Material. Photographische Vergrößerungen mit begleitendem Text unterstützen das Studium in recht anschaulicher Weise. Die Vorführung gibt wichtige Fingerzeige zur Bekämpfung dieser lästigen Insekten. Die Ausstellung ist von jetzt bis Mitte Juli zwischen 8 Uhr vormittags und 3 Uhr nachmittags für jedermann unentgeltlich zugänglich.

Bürgermeisterwahl. In der Bürgerausschreibung zu Heiligenberg (Amt Überlingen) am 16. Juni schritt man, da eine mündliche Aussprache kein positives Ergebnis zutage förderte, zu einer geheimen Abstimmung mittels Stimmzettels. Diese erbrachte 3 Kandidaten, wovon 2 sofort auf eine Wahl verzichteten, so daß nur der Kaufmann Karl Schmid, Gemeinderat und Gemeindevorsteher als einziger Anwärter übrig blieb. Es ist mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der Genannte zum Oberhaupt von Heiligenberg gewählt wird.

Die Wasserversorgung Weersburgs. Am letzten Samstag wurde die 300 Meter lange Seeleitung des Pumpwerks, ohne daß man viel davon gemerkt hatte, in den See versenkt. In der Frühe um 5 Uhr begann man mit dieser wichtigen und sogar äußerst schwierigen Arbeit, welche vom Wetter begünstigt war, als dieses um 2 Uhr nachmittags umschlug, war die Arbeit schon getan. Das 6 Meter hohe Gestell des Saugers liegt in einer Tiefe von 60 Meter. Die Weersburger Wasser-versorgung ist damit gesichert und diese Seeleitung ist die 17. am Bodensee.

Aus der Landeshauptstadt

Zum 109er Tag in Karlsruhe

Die badische Landeshauptstadt rüstet sich jetzt schon zum Empfang ihrer Leibgrenadiere, am Samstag und Sonntag, Draußen am Bahnhofsplatz ist mit der Aufstellung eines Empfangsbogens begonnen worden, dessen künstlerischer Entwurf von Herrn Oberbaurat Roth stammt. Zahlreiche Geschäftsleute werden hübsche Schaufensterdekorationen machen, die dem Charakter des Tages angepaßt sind. Die Stadt Karlsruhe stellt verschiedene Fahnenmasten in den Hauptverkehrsstraßen auf und hat die Beflaggung der städtischen Gebäude angeordnet. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Karlsruher Bevölkerung der Aufforderung der Kameradschaft badischer Leibgrenadiere, am 27., 28. und 29. Juni die Häuser zu beflaggen, in weitgehendem Maße nachkommen wird, da die Beziehungen zwischen Leibregiment und Bevölkerung von jeher außerordentlich herzlich waren. Das Festabzeichen muß von allen Teilnehmern genommen werden, da die ehemaligen 109er nur mit Festabzeichen zu den Veranstaltungen (Zapfenstreich, Begrüßungsfeiern, Denkmalsweihe, Stadtgarten-Feuerwerk) zugelassen sind. Am Tage der Denkmalsweihe können nur die geladenen Gäste mit besonderen Einladungsarten in den abgesperrten Raum zugelassen werden. Die ehemaligen 109er können nur in geschlossener Kolonne nach dem Denkmalsplatz kommen. Die Reihe der Veranstaltungen zum 109er Tag wird am Freitag abend mit einem Sonderkonzert im Café Odeon zugunsten des Denkmalfonds eingeleitet. Das gesamte übrige Programm des 109er-Tages ist aus der dieser Tage erscheinenden 60 Seiten umfassenden Festschrift ersichtlich, die jeder Teilnehmer gleichzeitig mit dem Festabzeichen eingehändigt bekommt.

Republikanischer Studentenbund Karlsruhe. Am Freitag, den 19. Juni, fand der 1. Vortragsabend des Republikanischen Studentenbundes Karlsruhe, Ortsgruppe des Kartells Republikanischer Studenten statt. Als Redner war Amtsrichter Dr. Dinger-Banotti gewonnen, der über „Bürgerpflicht einst und jetzt“ sprach. Die zahlreich erschienenen Studenten gaben den Redner, sachlichen und eindrucksvollen Ausführungen des Redners großen Beifall.

Karlsruher Ausstellungsfondierung nach München. Zur Dtsch. Verkehrs-Ausstellung, die wie das Deutsche Museum in diesem Sommer unfreilich den größten Anziehungspunkt Münchens bildet, werden Ausstellungssalge veranstaltet, die an Tagen vor Sonn- und Festtagen vom Heimort abgehen und 2 bzw. 3 Tage später wieder zurückkehren und zwar mit einer Ermäßigung von ca. 30 Proz. auf den normalen Fahrpreis einschließlich Eintritt in die Deutsche Verkehrsausstellung. Am 4. Juli geht von Karlsruhe ein solcher Sonderzug ab. Der Fahrplan ist folgender: ab 1.35 Uhr Karlsruhe, ab 1.46 Durlach, ab 2.30 Pforzheim, am 7.27 München Hbf.; am 8. Juli ist Rückfahrt ab München 4.31, an Karlsruhe 11.24. Der Fahrpreis beträgt einschließlich der Eintrittskarte in die Deutsche Verkehrsausstellung: ab Karlsruhe und zurück 25.70 Mark. Anmeldungen nimmt u. a. der Verkehrsverein, Bahnhofplatz 6, entgegen.

Warnung. Die Firma F. W. Stapper in Amsterdam sucht da und dort auch in Deutschland Beteiligung und Käufer zu gewinnen für ihr „Goldregen-System“, das nichts anderes ist als das in Deutschland stoffbare sog. Schneeballen-System. Es muß vor der Firma und ihrer Werbearbeit, die sich mit Handzetteln auch in Baden bemerkbar macht, gewarnt werden.

Badisches Landestheater. John Galsworthy, der Verfasser der Komödie „Fenster“, die als „Kammerpiel“ am Donnerstag, den 25. Juni, im Konzerthaus, nachdem sie bereits in Wien und Frankfurt a. M. erfolgreich in Szene ging, zur hiesigen Erstaufführung kommt, gilt als einer der besten lebenden Erzähler der englischen Gegenwartsliteratur und genießt in seiner Heimat etwa die gleiche Schätzung, die in Deutschland Thomas Mann zuteil wird. Als Dramatiker erwarb sich Galsworthy internationalen Ruf und ist seit langem auf deutschen Bühnen kein Fremder mehr. Auch er darf als satirischer Sozialkritiker angesprochen werden, wenngleich ihm die überlegene Ironie und heisende Schärfe eines Shaw nicht eignet. Sein Spott ist der einer milden, nachsichtigen Güte, die mahndend das soziale Verantwortungsgefühl stärken und den Blick klären möchte durch das „Fenster“ der gesellschaftlichen Vorurteile und exzessiven Befangenheiten hin zu den Defizienten, deren Glückseligkeit mächtiger ist, als ihr Gefühl und Verständnis für die Wohltat des Sittengesetzes. Das von Ulrich von der Trend inszenierte Stück gelangt durch die Damen Verlow, Genter, Frauendorfer, Scheinflug und die Herren Gemmecke, Höder, Klobbe, Kreuzinger und Kienscherz zur Darstellung. Die Vorstellung beginnt um halb acht Uhr.

